LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

15.06.2022
Drucksache 8/1288

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ölembargos in Ostdeutschland abfedern

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass Verbraucher*innen und Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und allen ostdeutschen Bundesländern kriegs- und krisenbedingt vor enormen Herausforderungen stehen. Durch die Umsetzung des Ölembargos gegen Russland bzw. eines möglichen Importstopps durch Russland und der deshalb notwendigen teuren Ersatzbeschaffung werden Verbraucher*innen in den ostdeutschen Bundesländern mit einer noch höheren Inflationsrate durch steigende Preise vor allem für Energie und Energiedienstleistungen bei nach wie vor im Schnitt geringeren Einkommen deutlich stärker als in den westdeutschen Bundesländern belastet.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf der Bundesebene zum sozialen Ausgleich der stärkeren Belastung der Verbraucher*innen für die Einführung eines kostengünstigen Grundkontingents für Strom und Heizen einzusetzen, um höhere Preise in Ostdeutschland insbesondere für Heizenergie auszugleichen.

2. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung schnellstmöglich als gestaffeltes sozial gerechtes Klimageld an die Bevölkerung ausgereicht werden.

3. sich auf der Bundesebene einzusetzen, die Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern durch eine faire Verteilung der Netzentgelte, preisdämpfende Maßnahmen und weitere sozialpolitische Instrumente, wie zum Bespiel eine höhere Energiepauschale, zu entlasten.

(Ausgegeben am 15.06.2022)

4. beschleunigten Ausbau und sektorübergreifenden Einsatz Erneuerbarer Energien, die Entwicklung und den Aufbau von Speicherkapazitäten sowie die Umsetzung der Wasserstoffstrategie mit dem Ziel voranzutreiben, die Energieversorgung unabhängig von überteuerten fossilen Energieträgern zu machen und die Preise für Energie und Energiedienstleistungen zu senken.

5. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, Mittel für Forschung und den Ausbau der Infrastruktur für den Umstieg auf Erneuerbare Energien in Ostdeutschland zu konzentrieren.

6. sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Transformationsleistungen der Menschen und Wirtschaft anerkannt und entsprechend gefördert werden.

Begründung

Von der Entscheidung der Bundesregierung, aufgrund des verbrecherischen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine bis zum Jahresende aus den Importen von russischem Erdöl auszusteigen und den Drohungen Russlands, Energieexporte zu stoppen, sind die Verbraucher*innen und Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern stärker betroffen. Derzeitige Alternativen für die Energieträger sind überteuert und sorgen dafür, dass die Preise und damit die Inflationsrate weiter steigen werden. Die führt durch das durchschnittlich geringere Einkommensniveau zu noch stärkeren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen in Sachsen-Anhalt und den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Dies stellt auch die sogenannte Riemser Erklärung des Bundeskanzlers und der Regierungschef*innen der ostdeutschen Bundesländer vom 13.06.2022 fest[1].

Gleichzeitig haben Sachsen-Anhalt und die ostdeutschen Bundesländer aufgrund der Transformationserfahrungen der 1990er Jahre ein enormes Potenzial, mit dem die aktuellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und den russischen Angriffskrieg zusätzlich zu den bestehenden Herausforderungen wie demografischer Wandel, Dekarbonisierung der Wirtschaft und Digitalisierung bewältigt werden können. Dieser Prozess bedarf jedoch der kurz-, mittel- und langfristigen Unterstützung des Bundes, um die akuten sozialen Auswirkungen abzufedern und den Wirtschaftsstandort sowie Arbeitsplätze zu sichern.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende

[1] https://www.bundeskanzler.de/bk-de/mpk-ost-2022-2051858